

Wochenbericht

Königin-Luise-Strasse 9
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0

Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de**DIW Berlin**

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Nr. 40/2006

73. Jahrgang/5. Oktober 2006

Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage

Erik Klär
eklaer@diw.deJirka Slacalek
jslacalek@diw.de

Die konjunkturelle Lage in Deutschland hellt sich zwar auf, der Aufschwung gewinnt aber nicht hinreichend an Breite. Die mangelnde Konsumbereitschaft der privaten Haushalte trübt noch die Stimmung. Trotz leichter Zuwächse kann von einer für einen Aufschwung typischen Erholung der Binnennachfrage bislang nicht die Rede sein.

Die Hauptursache für die Konsumzurückhaltung in den vergangenen Jahren ist in der schwachen Entwicklung der verfügbaren Einkommen zu suchen. Es kommt aber ein anderer Faktor hinzu: der seit dem Jahr 2000 zu beobachtende stetige Anstieg der Sparquote. Dieser ist zum Teil zurückzuführen auf die schon seit Jahren anhaltende Verschiebung in der Einkommensverteilung zugunsten von Haushalten mit hohen Einkommen, die relativ viel sparen. Darüber hinaus sind positive Vermögenseffekte, etwa aufgrund von steigenden Immobilienpreisen, in Deutschland ausgeblieben. Schließlich nimmt die Bedeutung der Spartätigkeit zur Absicherung gegen Unsicherheiten („Vorsorgesparsen“) zu. Da diese Faktoren fortbestehen, dürfte die Sparneigung weiter zunehmen. Unter diesen Umständen kann sich die Konsumnachfrage nur erholen, wenn die verfügbaren Haushaltseinkommen deutlich steigen.

Deutschland erlebt eine konjunkturelle Erholung. Praktisch alle nationalen und internationalen Institutionen haben ihre Wachstumsprognosen für das laufende Jahr in den vergangenen Wochen nach oben korrigiert. Auch die Konsumnachfrage in Deutschland kommt nach einer mehr als vierjährigen Stagnationsphase wieder in Schwung, allerdings nur sehr verhalten. Das DIW Berlin rechnete im Frühsommer des laufenden Jahres mit einem realen Zuwachs der privaten Konsumausgaben von 0,7 % gegenüber dem Vorjahr, wobei hier auch Vorzieheffekte der für Januar 2007 beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung zu Buche schlagen. Bereits im kommenden Jahr wird sich das Konsumwachstum nach dieser Prognose wieder abschwächen.¹ Die Ursachen für die anhaltende Konsumschwäche sind vielerorts diskutiert worden. Zuletzt sind die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten vom Frühjahr 2006 zu dem Schluss gekommen, dass vor allem die schwache Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen seit Ende der 90er Jahre für die binnenwirtschaftliche Flaute verantwortlich ist.²

¹ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur am DIW Berlin: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2006/2007. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27–28/2006, 399.

² Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 18/2006, 263ff.

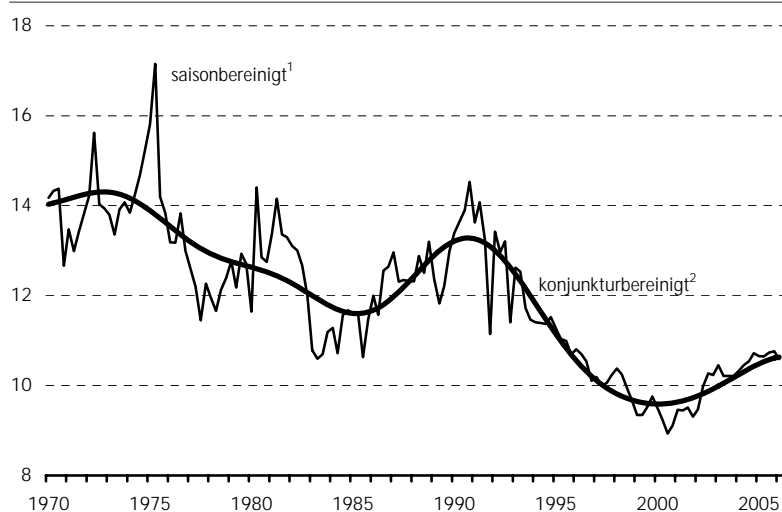
Inhalt

Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage
Seite **537**

Abbildung 1

Aggregierte Sparquote in Deutschland

In %



1 Census-X12-Arima-Verfahren.

2 Bandpass-Filter.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

In diesem Beitrag wird ein weiterer Faktor der schwachen Nachfrageentwicklung beleuchtet: der Anstieg der Sparquote, der zeitlich mit der Phase der Konsumstagnation zusammenfällt. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung³ ist die aggregierte Sparquote der Haushalte in Deutschland von 9,2 % im Jahr 2000 auf 10,7 % im Jahr 2005 gestiegen. Für das Jahr 2006 geht das DIW Berlin in seiner aktuellen Prognose von einem weiteren Anstieg auf 11 % aus.⁴ Dies steht in deutlichem Kontrast zur Entwicklung der Sparquote insbesondere in zahlreichen angelsächsischen Ländern, in denen die Binnennachfrage in den vergangenen Jahren durch einen massiven Rückgang der Ersparnisbildung privater Haushalte gestützt wurde und so ihrerseits als Motor der konjunkturellen Entwicklung fungieren konnte.

Sparquote in Deutschland inzwischen höher als in den meisten anderen großen Industrieländern

Ein Blick auf die Entwicklung in der Vergangenheit offenbart einerseits, dass der derzeit gemessene Wert der Sparquote in Deutschland im historischen Kontext nicht außergewöhnlich ist. Zu Beginn der 70er Jahre lag die Sparquote etwa vier Prozentpunkte über ihrem heutigen Wert, und auch zu Beginn der 90er Jahre fiel sie mit gut 13 % noch merklich höher aus (Abbildung 1). Andererseits zeigt der historische Verlauf auch einen deutlichen trendmäßigen Rückgang der Sparquote von ihrem Höchstwert in den Jahren 1972/73. Dieser Trend wurde zum Ende der

80er und Beginn der 90er Jahre kurzzeitig unterbrochen, wobei hier der Konjunkturaufschwung der späten 80er Jahre und der „Vereinigungsboom“ zu Beginn der 90er Jahre die entscheidende Rolle gespielt haben dürften. Ab dem Jahr 1993 sank die Sparquote stark und erreichte Ende der 90er Jahre jenes Niveau, das man auch bei einem durchgehend rückläufigen Trend hätte erwarten können. Die Umkehr erfolgte im Jahr 2000: Parallel zur Phase der wirtschaftlichen Stagnation, die zusammenfiel mit Steuer- und Rentenreform sowie zahlreichen Arbeitsmarktreformen, stieg die Sparquote seitdem langsam aber stetig wieder an.

Der zuvor zu beobachtende trendmäßige Rückgang der Sparquote ist im internationalen Vergleich der Industrieländer nicht ungewöhnlich – andere große Volkswirtschaften verzeichneten eine ähnliche Entwicklung.⁵ In Spanien ging die Sparquote seit 1970 von rund 14 auf knapp 7 % im Jahr 2005 zurück. Einen noch massiveren Rückgang hat Japan zu verzeichnen – hier sank die Sparquote von gut 24 % im Jahr 1974 auf ebenfalls noch knapp 7 % im Jahr 2005. Zwischenzeitlich gebremst wurde dieser Rückgang nur in den 90er Jahren, als sich die japanische Konsumbereitschaft aufgrund der anhaltenden Deflation stark verminderte. In Frankreich schwankte die Sparquote in den 70er Jahren zwischen 16 % und 18 % und lag 2005, nach einem zwischenzeitlich stärkeren Rückgang, bei knapp 12 % und damit nahe dem deutschen Niveau. Italien schließlich hatte noch bis in die frühen 90er Jahre hinein eine vergleichsweise hohe Sparquote zu verzeichnen; diese ging dann im Verlauf des Jahrzehnts auf rund 10 % zurück und ist erst zuletzt wieder leicht gestiegen (Abbildung 2).

Besonders drastisch fällt seit Beginn der 90er Jahre der Rückgang der Sparquoten in den angelsächsischen Ländern aus. In den USA lag die Sparquote traditionell etwas niedriger als in Deutschland – die Differenz schwankte in den Jahren 1970 bis 1985 zwischen einem und vier Prozentpunkten. Seit Ende der 80er Jahre wächst der Abstand durch das starke Absinken der US-amerikanischen Sparquote, die 2005 das Nullniveau erreichte. Einen ähnlichen Verlauf wie in den USA nahmen die Sparquoten in Kanada und Australien. Die Entwicklung in Großbritannien weicht hiervon ab, gleichwohl liegt die britische Sparquote mit einem Niveau um 5 % derzeit klar unterhalb der deutschen.

³ Das Statistische Bundesamt errechnet die gesamtwirtschaftliche Sparquote als Quotient aus den Ersparnissen der privaten Haushalte und deren verfügbarem Einkommen (inklusive der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁴ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur, a. a. O., 408.

⁵ Im Folgenden werden zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit die Sparquoten in der Abgrenzung der OECD verwendet. Differenzen von Land zu Land, die sich etwa aufgrund voneinander abweichender Abgrenzungen der Bezugsgröße für die Sparquote ergeben, werden so ausgeblendet.

Die theoretischen Bestimmungsgründe des Sparverhaltens ...

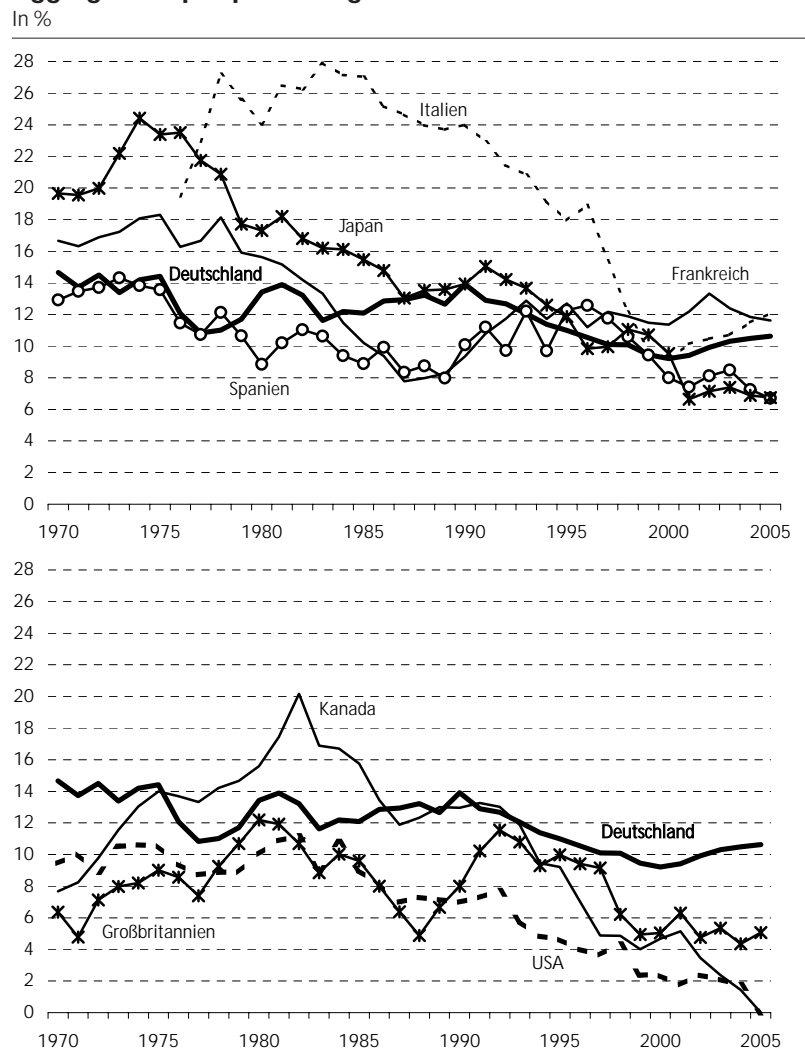
Folgt man der Theorie, sind für den Umfang der Spartätigkeit von Privathaushalten insbesondere zwei Größen entscheidend: die Höhe des Einkommens und das Zinsniveau.⁶ Mit steigenden verfügbaren Einkommen sinkt ceteris paribus die marginale Konsumquote der privaten Haushalte, und der Anteil der Ersparnis nimmt zu. Gleiches gilt im Falle eines höheren Realzinsniveaus. Berücksichtigt man die Rolle von Unsicherheiten, kommen zudem Erwartungen der Haushalte mit ins Spiel. Nicht das aktuell erzielte Einkommen ist dann maßgeblich für die Entscheidung zwischen Sparen und Konsumieren, sondern jenes Einkommen, von dem der Haushalt erwartet, dass es ihm dauerhaft zur Verfügung stehen wird.

Neben Haushaltseinkommen und Einkommenserwartungen sowie Zinssätzen kommt den privaten Nettovermögensbeständen eine wichtige Rolle bei der Erklärung des Umfangs der privaten Spartätigkeit zu. Die Wirkungsrichtung verläuft dabei im Vergleich zum laufenden Einkommen allerdings umgekehrt: Je höher das akkumulierte Vermögen ist, desto geringer ist die Notwendigkeit, weitere Polster für die Finanzierung zukünftigen Konsums anlegen zu müssen. Dabei spielen auch Vermögenswertänderungen eine Rolle. Als dauerhaft empfundene steigende Aktienkurse oder Immobilienpreise bringen so eine wertmäßige Erhöhung der Vermögensbestände privater Haushalte mit sich, die sich wiederum auf das Spar- und Konsumverhalten auswirkt.

Weitere Faktoren, die zumindest kurzfristig Einfluss auf die Entwicklung des Spar- und Konsumverhaltens ausüben, lassen sich bei einer Untergliederung privater Haushalte ausmachen. Da Haushalte aus verschiedenen Einkommensklassen unterschiedliche Sparquoten aufweisen (mit zunehmendem Haushaltseinkommen nimmt die Sparquote zu), wirkt sich eine Veränderung der Einkommensverteilung auf die aggregierte Sparquote aus: Steigen etwa die Einkommen der gutverdienenden Haushalte stärker als jene der geringverdienenden, ergibt sich im Aggregat eine höhere Sparquote. Ähnlich sind die Auswirkungen demographischer Entwicklungen zu beurteilen. Nach der Lebenszyklushypothese ist die Ersparnisbildung in den Erwerbsjahren besonders ausgeprägt, während junge und alte Menschen geringe oder sogar negative Sparquoten realisieren. Bei einer Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung (ebenso wie bei der Verlängerung von Ausbildungszeiten) geht demnach die gesamtwirtschaftliche Spartätigkeit zurück, und umgekehrt.

Abbildung 2

Aggregierte Sparquoten in großen Industrieländern



Quelle: OECD Economic Outlook 78.

DIW Berlin 2006

... erklären die beobachtete Entwicklung weitgehend

Vor diesem Hintergrund lässt sich die trendmäßige Entwicklung der Sparquote in Deutschland in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten relativ gut erklären. Der langfristig rückläufige Trend passt zur Entwicklung der Vermögensbestände in Deutschland. Der Vermögensquotient, d.h. die Relation zwischen privatem Reinvermögen (Nettogeldvermögen plus Sachvermögen) und verfügbarem Haushaltseinkommen, betrug zu Beginn der 70er Jahre etwa 3:1 und stieg bis Ende der 80er Jahre auf deutlich über 4:1.⁷ Die daraus entstehenden langfristig dämpfenden Auswirkungen auf die Ersparnisbildung wur-

⁶ Vgl. etwa Abel, A. und Bernanke, B.: *Macroeconomics*. Boston 2005, Kap. 4.

⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank: *Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in Deutschland*. Monatsbericht Oktober 1993, 19–32.

den phasenweise von anderen Einflüssen überlagert, wobei die Ölpreisschocks 1973/74 und 1979/80 sowie deren Folgen eine zentrale Rolle spielten. Die stark negativen Terms-of-Trade-Effekte schwächten die bundesdeutsche Vermögensbildung, während gleichzeitig das im Zuge der Disinflationpolitik der Bundesbank steigende Realzinsniveau eine stärkere Ersparnisbildung begünstigte.

Auch der Anstieg der Sparquote Ende der 80er Jahre passt ins Bild. Der zum Ende des Jahrzehnts einsetzende Konjunkturaufschwung, der 1989/90 in den Boom aufgrund der deutschen Vereinigung mündete, bescherte dem Westen des Landes einen kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit und einen starken Anstieg der verfügbaren Einkommen. Gleichzeitig passivierte sich durch den großen Zuwachs bei den Importen die Leistungsbilanz, was sich dämpfend auf die Vermögensbildung auswirkte. Der Vermögensquotient stagnierte Ende der 80er Jahre und ging 1990/91 sogar leicht zurück.⁸ Hinzu kam ab 1992 eine steigende Spartätigkeit in Ostdeutschland. Während im Westen die Sparquote bereits wieder – von 13,7 % (1991) auf 11,8 % (1994) – zurückging, stieg sie in Ostdeutschland (ohne Berlin) im gleichen Zeitraum von 7,8 % auf 10,6 % an, wodurch die Rückkehr der gesamtdeutschen Sparquote auf ihren langfristigen Abwärtstrend zunächst begrenzt wurde. Ab 1995 ließ dann auch in den neuen Bundesländern die Spartätigkeit wieder nach.

Gründe für die Trendumkehr bei der Sparquote

Nicht ohne Weiteres zu erklären ist auf den ersten Blick der Anstieg der aggregierten Sparquote in Deutschland in den vergangenen sechs Jahren – gerade im Vergleich mit anderen großen Volkswirtschaften. Die Realzinsen waren während dieser Zeit auf einem historischen Tiefstand. Das Nettogeldvermögen der Privathaushalte stieg trotz Aktienkrise von gut 2 Billionen Euro im Jahr 2000 auf 2,69 Billionen Ende 2005. Beides hätte für sich genommen eine geringere Spartätigkeit nach sich ziehen müssen. Zudem hielt bei den realen Lohneinkommen eine Stagnation und zuletzt sogar ein Rückgang Einzug. Daher wären aus theoretischer Sicht eher sinkende Sparquoten zu erwarten gewesen.

Ursachen für die trotzdem steigende Sparquote zeigen sich, wenn man die gesamtwirtschaftliche Warte verlässt und sich auf die Ebene der Einkommens- und Vermögensentwicklung in verschiedenen Haushaltsklassen begibt. Dann lassen sich mindestens drei Gründe für den neuerlichen Anstieg der Sparquote identifizieren: Auffällig ist erstens die zunehmende Verschiebung der Einkommensver-

teilung hin zu Haushalten mit hohem Einkommen, die zwangsläufig zu einer Zunahme der aggregierten Sparquote führt. Auf Wertveränderungen bei Vermögensbeständen zurückzuführende Effekte waren im betrachteten Zeitraum entweder negativ oder schwach ausgeprägt und führten zu keinem nennenswerten Rückgang der Spartätigkeit im Bereich der wohlhabenderen Privathaushalte, wie er gerade in anderen Volkswirtschaften zu beobachten war. Und schließlich haben die gestiegene Arbeitslosigkeit und Verunsicherungen im Zusammenhang mit angekündigten Reformen in den Sozialversicherungssystemen zu einem Anstieg des Sparens aus Vorsichtsmotiven geführt.

Zunehmende Einkommensungleichheit

Die Deutsche Bundesbank hat in ihrem Monatsbericht vom Juni 2005 die Einschätzung vertreten, dass „die seit einigen Jahren zu beobachtende Veränderung der personellen Einkommensverteilung zu einer tendenziell höheren Sparquote auf aggregierter Ebene [führt].“⁹ Die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten besser verdienender Haushalte führt für sich genommen zu einem Anstieg der aggregierten Sparquote. Abbildung 3 zeigt durchschnittliche Sparquoten und Haushaltsnettoeinkommen nach Einkommensdezilen laut der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) aus dem Jahr 2003.

Sowohl die Verschiebung der Einkommensverteilung als auch ihre Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Spartätigkeit lassen sich statistisch belegen. Untersuchungen des DIW Berlin haben eine zunehmende Ungleichheit der Verteilung der Einkommen und Vermögen seit den frühen 90er Jahren konstatiert.¹⁰ Dieser Trend hat sich zuletzt fortgesetzt. Laut Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) am DIW Berlin zur sozialen Lage der Haushalte in Deutschland stiegen zwischen 1994 und 2004 die realen Lohneinkommen der Spitzenverdiener um durchschnittlich 1,5 % pro Jahr, die in der mittleren Einkommensgruppe um 1,1 % und die der Niedrigverdiener um lediglich 0,2 % pro Jahr. Der Gini-Koeffizient, der die Verteilungsungleichheit misst, ist 2005 mit 0,29 auf den höchsten Wert seit Beginn der Datenerhebung 1984 gestiegen. Im Vergleich der Daten aus den Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1998 und 2003 fällt der Unterschied geringer aus, ist aber ebenfalls deutlich. Der durchschnittliche Einkommenszuwachs über

⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank, a. a. O., 21.

⁹ Deutsche Bundesbank. Monatsbericht Juni 2005, 26.

¹⁰ Vgl. Bedau, K.-D.: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 173, 1998; Grabka, M.: Einkommensverteilung in Deutschland – Stärkere Umverteilungseffekte in Ostdeutschland. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 19/2000.

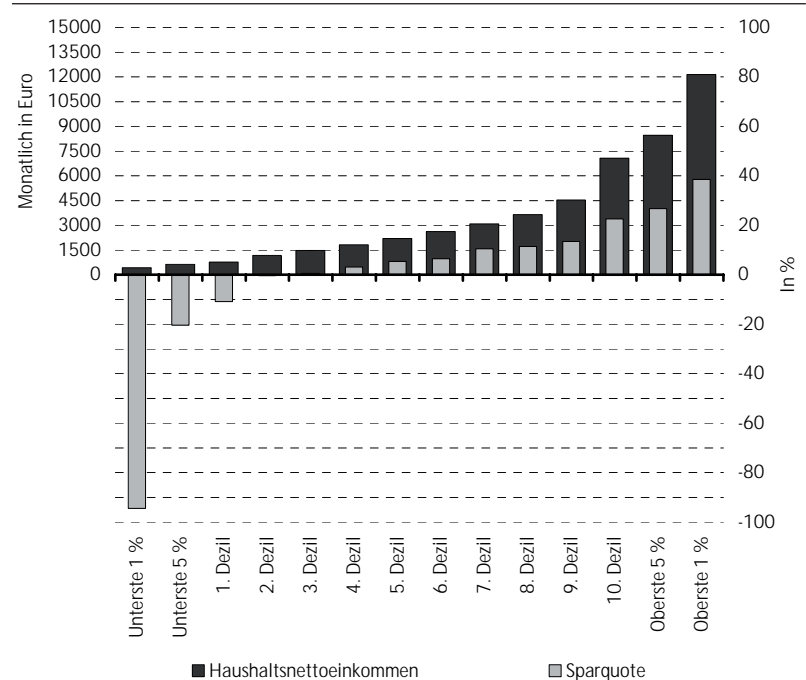
alle Haushalte betrug rund 8,5 %. Die unteren Einkommensgruppen hatten dabei unterdurchschnittliche Steigerungen zu verzeichnen – im ersten und zweiten Einkommensdezil lagen diese bei etwa 5,7 %, für das unterste Prozent der Haushalte bei lediglich 1,1 %. Zuwachsraten von über 9 % konnten dagegen Haushalte im fünften bis achten Dezil verbuchen. Die Zunahmen in den obersten Einkommensgruppen lagen auf Durchschnittsniveau. Allerdings ist hier zu vermerken, dass in der EVS keine Informationen über die höchsten Einkommen innerhalb des zehnten Dezils vorliegen. Ergebnisse der Hocheinkommensstichprobe des SOEP deuten darauf hin, dass das in der EVS ausgewiesene Durchschnittseinkommen für das zehnte Dezil bei Berücksichtigung der Höchsteinkommen höher liegen müsste.¹¹

Der Befund lässt sich mit zwei in die gleiche Richtung wirkenden Einflüssen erklären. Ein Faktor ist marktendogener Natur: Die wirtschaftliche Stagnation der letzten Jahre, die von steigender Erwerbslosigkeit begleitet war, sowie die Globalisierungsprozesse haben die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer in den Lohnverhandlungen deutlich geschwächt – die zu beobachtende ausgeprägte Lohnzurückhaltung zeugt hiervon. In ihrem Gefolge haben die Gewinneinkommen der Unternehmen in den letzten Jahren kräftig zugelegt. Der zweite Einfluss betrifft die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hier wurden soziale Leistungen reduziert, während gleichzeitig Bezieher höherer Einkommen durch die Senkung des Spitzensteuersatzes entlastet wurden. Berücksichtigt man die Zusammensetzung der Haushaltseinkünfte von Geringverdienenden (hoher Anteil von Lohn- bzw. Transfereinkommen) im Vergleich zu Besserverdienenden (zunehmender Anteil von Gewinn- und Vermögenseinkommen, geringere relative Bedeutung von Transferleistungen), so ist das zunehmende Auseinanderklaffen bei der Einkommensverteilung nicht verwunderlich.

Um den Einfluss der Veränderung der Einkommensverteilung auf das aggregierte Sparverhalten zu quantifizieren, wurden im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Frühjahr 2006 Daten zur Einkommenssituation der privaten Haushalte aus dem SOEP mit Informationen über die durchschnittlichen Sparquoten der jeweiligen Einkommensgruppen aus der EVS 2003 verbunden. Dabei wurden die individuellen Sparquoten konstant gehalten, um zu prüfen, um welchen Betrag sich die aggregierte Sparquote allein aufgrund der Verschiebung von Einkommen zwischen den Dezilen verändert hat. Die Berechnungen zeigen, dass rund 0,3 Prozentpunkte des tatsächlich beobachteten Anstiegs der aggregierten Sparquote auf die Verschiebung der Einkommensverteilung zurückgeführt werden können.¹²

Abbildung 3

Haushaltsnettoeinkommen und Sparquoten nach Einkommensgruppen



Quelle: EVS 2003.

DIW Berlin 2006

Ausbleiben positiver Vermögenseffekte

„The houses that saved the world“, titelte der „Economist“ im März 2002, und wies darauf hin, dass die für viele Industrieländer erwartete harte Landung nach dem weltweiten Konjunkturreinbruch des Jahres 2001 weitgehend ausblieb, weil positive Vermögenseffekte aus überproportional steigenden Immobilienmarktpreisen den privaten Konsum vielerorts in Schwung gehalten hätten.¹³

In den USA, wo die Sparquote der privaten Haushalte im Laufe der 90er Jahre von rund 9 % des verfügbaren Einkommens – nach nationaler Rechnung – unter Null sank, ist die Bedeutung von Vermögenseffekten für die Konsumententwicklung in mehreren Studien untersucht worden. Ein vielfach bestätigtes Ergebnis war dabei, dass die Entwicklung fast vollständig auf sinkende Ersparnisse aus laufendem Einkommen bei gleichzeitig steigenden Vermögensbeständen in der Gruppe der besserverdienenden Haushalte zu erklären ist.¹⁴ Analog dazu könnten

¹¹ Zur Hocheinkommensstichprobe vgl. Schupp, J. et al.: Repräsentative Analyse der Lebenslage einkommensstarker Haushalte. Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, DIW Berlin 2003.

¹² Vgl. Arbeitsgemeinschaft ..., a. a. O., 265.

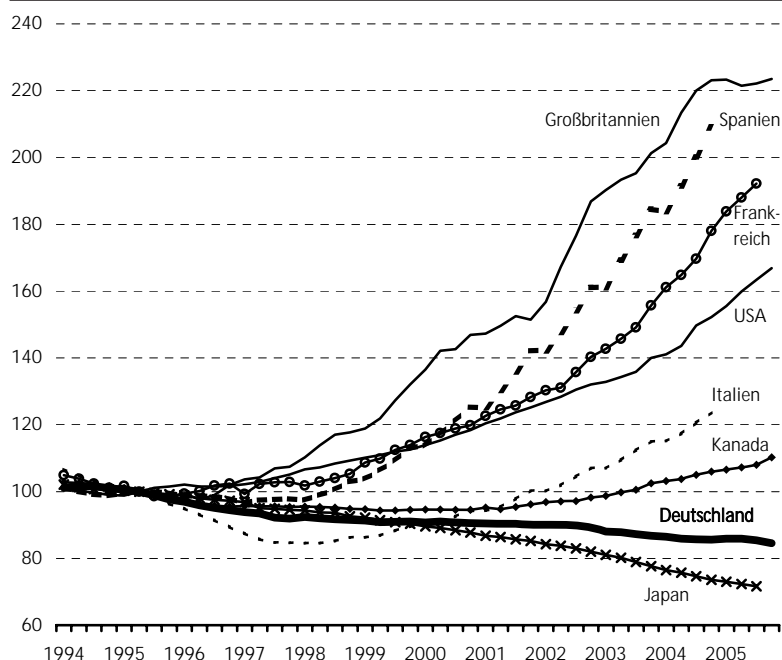
¹³ Vgl. „The Economist“, Ausgabe vom 28.3.2002, www.economist.com/opinion/displayStory.cfm?story_id=1057144

¹⁴ Vgl. etwa Maki, D. M. und Palumbo, M. G.: Disentangling the Wealth Effect: a Cohort Analysis of Household Saving in the 1990s. Finance and Economics Discussion Series, Board of Governors of the Federal Reserve System, 2001–21, April 2001.

Abbildung 4

Entwicklung der realen Immobilienpreise

Index Juni 1995 = 100



Quellen: National Institute for Economic and Social Research;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

ausbleibende oder sogar negative Vermögenseffekte (Platzen der Dotcom-Blase am Aktienmarkt im Jahr 2000 und ihre Nachwirkungen, anhaltend schwache Entwicklung der Immobilienpreise) in Deutschland einen höheren Konsum aus Vermögen verhindert haben und damit zur Erklärung der beobachteten Entwicklung der Sparquote beitragen. Die Entwicklung an den Immobilienmärkten ist in der Tat besonders markant (Abbildung 4). Während Länder wie Großbritannien, die USA, aber auch Frankreich zum Teil immense Immobilienpreissteigerungen zu verzeichnen hatten, sind die Preise in Deutschland inflationsbereinigt in den letzten zehn Jahren sogar zurückgegangen. Nur in Japan, das in den 90er Jahren das Platzen einer Immobilienmarktblase erlebte, haben sich die Preise schwächer entwickelt als in Deutschland.

Der Grund für die zurückhaltende Entwicklung an den Immobilienmärkten in Deutschland hängt natürlich nicht zuletzt mit der schwachen Nachfrageentwicklung der vergangenen Jahre zusammen. Insbesondere Länder mit hohen Wachstumsraten hatten auch wesentlich stärkere Wertzuwächse bei Immobilien zu verzeichnen, die den privaten Konsum weiter stabilisierten. Mit anderen Worten: Positive Vermögenseffekte müssen weitgehend als Folge einer günstigen Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden, und können keine exogene Erhöhung der Konsumbereitschaft bewirken.¹⁵

Zunahme der Ersparnisse aus dem Vorsichtsmotiv

Schließlich erscheint es plausibel, dass in Phasen steigender Arbeitslosigkeit auch bei denen, die noch einen Arbeitsplatz haben, die Einkommensunsicherheit wächst. Nimmt man die Debatten um die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungssysteme hinzu, die letztlich alle auf eine stärkere finanzielle Belastung der privaten Haushalte hinauslaufen, ist eine Zunahme der Ersparnisbildung aus dem Vorsichtsmotiv wenig überraschend. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde sogar begonnen, eine verstärkte private Altersvorsorge mit staatlichen Maßnahmen (Stichwort: Riesterrente) zu fördern.

Der Einfluss zunehmender Unsicherheiten auf das Sparverhalten privater Haushalte ist schwieriger zu quantifizieren. In einer jüngeren Studie von Tichy sind einige Hinweise auf den Einfluss von Faktoren wie Systemvertrauen und Unsicherheiten auf die Wachstums- und Konsumententwicklung zusammengetragen.¹⁶ Interessanterweise zeigt ein Vergleich zwischen nordeuropäischen (Dänemark, Schweden und Finnland) und kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich und Italien), dass in den letztgenannten Ländern das Systemvertrauen stärker abgenommen (und die Unsicherheit im Gefolge zugenommen) hat als in Nordeuropa, obwohl Reformen der sozialen Sicherungssysteme dort in den vergangenen Jahren zum Teil wesentlich einschneidender waren; sie wurden aber recht entschlossen umgesetzt. Der Autor begründet auch damit die Aufforderung an die Wirtschaftspolitik, für notwendig erachtete Reformen zügig und im Rahmen einer schlüssigen Gesamtkonzeption zu realisieren und negative gesamtwirtschaftliche Effekte durch flankierende Maßnahmen zu kompensieren.¹⁷

¹⁵ Arbeitskreis Konjunktur, a. a. O., 402. Für eine detailliertere empirische Untersuchung von Vermögenseffekten in verschiedenen Industrieländern vgl. auch Slacalek, J.: International Wealth Effects. Discussion Papers des DIW Berlin, Nr. 596, 2006; sowie Al-Eyd, A., Barrell, R., Davis, E. P. und Pomerantz, O.: Part 1: Assessing the Factors of Resilience of Private Consumption in the Euro Area – A Macroeconomic Perspective. Assessing the Factors of Resilience of Private Consumption in the Euro Area, European Economy – European Commission Economic Papers Nr. 252, Juni 2006, 1–94.

¹⁶ Tichy, G.: Die ‚Neue Unsicherheit‘ als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche. Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 6 (3), 2005, 385–407.

¹⁷ Vgl. Tichy, a. a. O., 403f. Das DIW Berlin hat in einer vergleichenden Studie für die Europäische Kommission auf Grundlage von EVS- und SOEP-Daten ebenfalls versucht, die Rolle von Unsicherheiten im Sparverhalten deutscher Privathaushalte einzuschätzen. Als Indiz für die zunehmende Bedeutung des Vorsichtsmotivs aufgrund steigender Arbeitsplatzunsicherheit wurde darin die Tatsache gewertet, dass Sparquoten bei von Arbeitslosigkeit noch nicht betroffenen Haushalten auch nach Berücksichtigung der höheren Einkommen höher lagen als bei von Arbeitslosigkeit betroffenen. Vgl. Buslei, H., Mouratidis, K., Steiner, V. und Weale, M.: Part 2: Determinants of Household Saving in Germany, Spain and the United Kingdom. Assessing the Factors of Resilience of Private Consumption in the Euro Area, European Economy – European Commission Economic Papers Nr. 252, Juni 2006, 95–155.

Fazit: Warten auf den Konsumanstieg

Die Binnennachfrage bleibt die Achillesferse des noch jungen Konjunkturaufschwungs in Deutschland. Nach jahrelanger Stagnation kommt im laufenden Jahr wieder ein positiver Impuls vom privaten Konsum, der sich jedoch – nicht zuletzt wegen der Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte – bereits 2007 wieder abschwächen wird. Zwar haben auch die Investitionsausgaben jüngst wieder angezogen, und auch die Weltkonjunktur entwickelt sich noch günstig, doch wäre es historisch ein Novum, wenn ein Aufschwung in Deutschland ohne eine nachhaltige Zunahme der Konsumnachfrage zustande käme.

Die gesamtwirtschaftliche Sparquote, darauf deutet vieles hin, wird auf absehbare Zeit kaum nennenswert sinken. Im Lichte der Ausführungen in dieser Studie ist tatsächlich eher das Gegenteil zu erwarten. So lässt sich etwa auf substantielle positive Vermögenseffekte, in deren Gefolge die Ersparnis aus dem laufenden Haushaltseinkommen zurückgehen könnte, in Deutschland nur schwerlich hoffen. Infolge der langjährigen Wachstumsflaute sind weder von den Finanzmärkten noch aus Richtung der Immobilienpreise Impulse zu erwarten, die auch nur im Ansatz mit denen vergleichbar wären, die in den angelsächsischen Ländern in den vergangenen Jahren maßgeblich zum massiven Rückgang der Ersparnisbildung bei den vermögenden Haushalten geführt haben. Auch die jüngsten Zinsschritte der Europäischen Zentralbank, die nach eigener Auskunft bemüht ist, das noch niedrige Zinsniveau auf ein neutrales Niveau anzuheben, lassen per se eher ein Ansteigen der Sparquote erwarten.

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland schließlich sendet widersprüchliche Signale aus. Mit dem Argument der Förderung privater Altersvorsorge werden einerseits private Ersparnisse staatlich subventioniert – wobei davon auszugehen ist, dass vornehmlich Haushalte mit ohnehin höherer Sparneigung von Instrumenten wie der „Riesterrente“ Gebrauch machen; andererseits wird ab 2007 der Sparerfreibetrag gekürzt. Das Hauptproblem der Wirtschaftspolitik scheint jedoch darin zu liegen, dass es ihr nicht gelingt, für notwendig erachtete Reformen im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes zu entwerfen und konsequent und zügig umzusetzen, was der wachsenden Unsicherheit privater Haushalte offensichtlich Vorschub leistet.

Die Zunahme der Unsicherheit wird dabei zweifellos auch durch die infolge sinkender Reallöhne weiter schwindenden Einkommen in breiten Teilen der Bevölkerung verstärkt. Der gegenwärtige Rückgang der Arbeitslosigkeit verbessert zwar die Einkommenssituation zahlreicher Haushalte, jedoch scheint dieser Impuls nicht ausreichend, um die

aktuellen und sich weiter abzeichnenden Kaufkraftverluste auszugleichen.¹⁸ Stattdessen ist abzusehen, dass sich im Zuge anhaltend deutlich steigender Gewinneinkommen die Schere zwischen gering- und besserverdienenden Haushalten weiter öffnen wird, was für sich genommen einen erneuten Anstieg der aggregierten Sparquote nach sich ziehen muss.¹⁹ Bei konstanter oder gar steigender Sparquote aber kann die private Konsumnachfrage nur bei entsprechend stärker steigenden Einkommen (insbesondere im Bereich der Haushalte mit höheren marginalen Konsumquoten) überhaupt wieder zunehmen.

Damit richtet sich der Blick zwangsläufig auf die Lohnentwicklung. Nach vielfach vertretener wirtschaftspolitischer Meinung führen allein Arbeitsmarktreflexionen und weiterer Lohnverzicht auf mittlere Sicht zu einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme, da sie die Voraussetzung dafür seien, dass Unternehmen überhaupt neue Mitarbeiter einstellen. Die Beschäftigung hängt nach dieser Auffassung primär von den Lohnkosten und der Flexibilität des Arbeitsmarktes ab. Die Gegenposition bringt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ins Spiel. Sinkende Realeinkommen und eine in der Folge stagnierende oder rückläufige Nachfrageentwicklung, wie sie Deutschland seit 2000 erlebt, trüben nachhaltig die Absatzerwartungen der Unternehmen und vermindern so den Anreiz für Erweiterungsinvestitionen. Die Arbeitsnachfrage – hier am Ende der Wirkungskette verortet – bleibt für einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu schwach.²⁰

Wenn man letzterer Position Erklärungsgehalt zubilligt, liegt die wirtschaftspolitische Forderung nahe, sich bei Lohnabschlüssen in Deutschland wieder zunehmend an der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu orientieren, wodurch die mittlerweile auch hierzulande kaum mehr in Abrede gestellte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten bliebe, die Arbeitseinkommen aber wieder stärker steigen könnten und die Umverteilung zum Halt gebracht würde. Schließt man sich dagegen der Mehrheitsmeinung an, muss man erläutern können, wo zwischen Reallohnsenkungen, Steuererhöhungen und Mehrbelastung durch Reformen in den Sozialversicherungen noch jene zusätzliche Nachfrage entstehen soll, die Unternehmen in eine Erweiterung ihrer Kapazitäten und in neue Mitarbeiter investieren lässt.

¹⁸ Das DIW Berlin geht in seiner letzten Prognose für 2007 von einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2% aus, dem ein Zuwachs der Nettolöhne und -gehälter von lediglich 1,5% gegenübersteht. Dabei trägt bei der Preissteigerung die Mehrwertsteuererhöhung allein gut 0,5 Prozentpunkte bei.

¹⁹ Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen erwartet das DIW Berlin für 2007 derzeit einen Anstieg von knapp 6%.

²⁰ Vgl. Klär, E.: Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland: Angebots- und Nachfragebedingungen im Blick behalten. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 34/2006, 475–480.



Nachrichten aus dem DIW Berlin

Pressemitteilung des DIW Berlin vom 25.09.2006

DIW Berlin neuer Berlin-Partner Wissenschaft

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist seit 1. August 2006 neues Mitglied im wissenschaftlichen Netzwerk der Berlin Partner GmbH. Mit seinen etwa 200 Mitarbeitern bestimmt es als größtes Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland maßgeblich die hiesige Wirtschaftswissenschaft. Die beiden Säulen seiner Arbeit sind ökonomische Grundlagenforschung und forschungsgestützte Beratung für die nationale, europäische und internationale Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Seine Forschungsergebnisse präsentiert das DIW Berlin zielgruppenspezifisch in eigenen Publikationen, externen Fachzeitschriften sowie im Rahmen von wissenschaftlichen Veranstaltungen. Darüber hinaus findet seine Arbeit in den Medien eine breite Resonanz.

„Als wissenschaftliches Institut, das vielfältig wirtschaftspolitisch berät, ist für uns in erster Linie die Einbindung in ein attraktives Netzwerk aus Wissenschaft und Wirtschaft interessant, die uns die Berlin Partner GmbH bietet. Gleichzeitig können wir mit dieser Partnerschaft die Verbundenheit mit unserem Standort Berlin zum Ausdruck bringen“, erläutert Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin, die Motivation für die Kooperation. Seit seiner Gründung 1925 als Institut für Konjunkturforschung hat das DIW Berlin seinen Sitz in Berlin.

Neben den insgesamt sieben Forschungsabteilungen, die sich beispielsweise mit den Themen „Konjunktur“, „Weltwirtschaft“ und „Informationsgesellschaft und Wettbewerb“ befassen, gibt es auch abteilungsübergreifende Forschungsgruppen, so etwa zu „Finanzmärkten“ und „Arbeitsmarktökonomie“. Das DIW Berlin ist eines der zwölf Institute der Leibniz-Gemeinschaft, die ihren Sitz in Berlin haben. „Als international anerkannter ‚Think Tank‘, der seine wissenschaftlichen Erkenntnisse an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft einbringt, ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ein wertvoller Berlin-Partner Wissenschaft“, stellt Roland Engels, Geschäftsführer Berlin Partner GmbH, heraus.

Die Berlin Partner GmbH ist die zentrale Anlaufstelle in Berlin, die Investoren bei der Ansiedlung unterstützt, Berliner Unternehmen in allen Fragen der Außenwirtschaft begleitet und den Standort Berlin profiliert und vermarktet. Die Gesellschaft wird mehrheitlich von der privaten Wirtschaft finanziert und ist durch den Berliner Senat mit der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen des Hauptstadt- und Standortmarketings beauftragt. Mehr als 130 namhafte deutsche und internationale Privatunternehmen verbindet das Interesse, den Standort Berlin regional, national und international zu fördern. Eines der Schwerpunktthemen bei Berlin Partner ist die Vermarktung des Wissenschaftsstandortes Berlin-Brandenburg.

Weitere Informationen: Christina Hufeland, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
christina.hufeland@berlin-partner.de

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin